

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 28 (1987)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Welche Seite ist glaubwürdiger?  
**Autor:** Baumgartner, Jacques  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093984>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Welche Seite ist glaubwürdiger?

Will man Umfragen glauben, so vertrauen heute mehr Westeuropäer den sowjetischen Abrüstungsabsichten als dem guten Willen der Amerikaner. So ist bei vielen Westeuropäern nach wie vor die Meinung verbreitet, das Vor-Gipfeltreffen zwischen dem sowjetischen Parteichef, Michail Gorbatschow, und Ronald Reagan auf Island im vergangenen Oktober sei an der starren Haltung des amerikanischen Präsidenten gescheitert, ergebnislos verlaufen. Wie immerhin, Gorbatschow wollte alles oder nichts, das heisst abrüsten ja, sofern die Amerikaner auf ihr Projekt eines weltraumgestützten Raketen-Abwehrsystems verzichteten. Reagan hielt an seiner Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) fest.

## Vom N(ein)jet zum D(j)a

Nun hat Gorbatschow am 28. Februar den Westen überrascht. Er bot Verhandlungen über einen Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa an. Und der sowjetische Parteichef knüpfte seinen Vorschlag nicht mehr – als Vorbedingung – an einen amerikanischen SDI-Verzicht. Der Vorschlag ist nicht frei von propagandistischen Tönen. Es wohnt ihm auch der Versuch inne, den amerikanischen Präsidenten ins Unrecht zu versetzen, zumindest in den Augen der Westeuropäer.

Angeboten hat Gorbatschow den Abbau seiner SS-20-Raketen, sofern die Amerikaner ihre Pershing-II und Cruise Missiles (Marschflugkörper) ebenfalls aus Europa abziehen. Jede Seite würde je hundert dieser Mittelstreckensysteme auf ihrem Territorium, das heisst die Sowjetunion auf ihrem asiatischen Gebiet, behalten dürfen. Und danach könnte über den Abzug der sowjetischen Kurzstreckenraketen verhandelt werden. Diese Raketen stehen in der DDR und in der Tschechoslowakei.

Mit anderen Worten, Westeuropa wird eine sogenannte Null-Lösung angeboten. Das ist eigentlich ein westlicher Vorschlag aus Moskau. Denn – wie immerhin – es waren 1979 die Westeuropäer, präziser die Amerikaner gewesen, die den Sowjets diese Lösung vorschlugen, sofern der Kreml auf seine SS-20 verzichte. Die

## Ein Entgegenkommen wäre kontraproduktiv

«Es ist merkwürdig, welche grosse Hindernisse einer aussenpolitischen Einigung Westeuropas im Wege stehen, obschon diese bei weitem nicht so schwer zu bewerkstelligen wäre wie die wirtschaftliche Union.

Das erweist sich am Sonderproblem (Abrüstung), das ebenfalls auf der Ebene möglicher Krisen liegt. Die Furcht ist weit verbreitet, dass die Rüstung linear ansteigen könnte. Die Extrapolation der bisherigen Rüstungsentwicklung führt indes zu einem Fehlschluss. Jede lineare Entwicklungslinie wird einmal gebrochen; die wichtigen Fragen sind die nach Grund, Intensität und Zeitpunkt. Der Grund, warum die Rüstung nicht weiterhin ansteigen kann, liegt in der Tatsache, dass sie wirtschaftlich nicht zu verkraften ist, weder von den offenen Gesellschaften, wo die Bereitschaft im Volke fehlt, noch von den geschlossenen Gesellschaften, wo der Wille der Führung an ökonomischen Tatbeständen seine Grenzen findet. Die Intensität des Umschwungs lässt sich vorläufig nicht bestimmen. Dieser dürfte aber in den nächsten wenigen Jahren eintreten, weil die Sowjetunion – wie in anderem Zusammenhang unterstrichen – nicht in der Lage ist, sich an einem weiteren Rüstungswettlauf erfolgreich zu beteiligen. Deshalb ist die UdSSR zu Konzessionen gezwungen, wie zum Beispiel die Wiederaufnahme abgebrochener oder Fortsetzung bestehender Abrüstungsverhandlungen, deren Ausdehnung auf den konventionellen Bereich, die Einräumung wirksamer Kontrollmöglichkeiten.

Es liegt auf der Hand, dass die sowjetische Führung versucht, den Konzessionsdruck durch taktische Massnahmen zu mildern, so etwa mit Drohgesten, dem zeitweiligen Abbruch von Verhandlungen zwecks Vortäuschung einer grösseren Machtposition, der Verhinderung einer Einigung unter ihren Gegnern. Wenn daher westeuropäische Regierungen aus innenpolitischen Gründen von den USA verlangen, in Fragen der Abrüstung grösseres Entgegenkommen zu zeigen, so verhalten sie sich kontraproduktiv: Sie mildern auf diese Weise den Konzessionszwang der UdSSR und verzögern eher die wirksame Abrüstung, als dass sie dadurch gefördert würde.»

(Aus SOI-Sonderdruck Nr. 24, Peter Sager: «Die Aussenpolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow und nach Tschernobyl», veröffentlicht im Juli 1986)

Atlantische Allianz (Nato) verfügte damals noch nicht über entsprechende Nuklearmittelstreckenwaffen. Moskau sagte nein, worauf die westlichen Bündnispartner nachrüsteten.

Als die Sowjets die Nato-Nachrüstung nicht (unter anderem via Friedensmärsche in Westeuropa) stoppen konnten, verliessen sie die Abrüstungsverhandlungen in Genf und drohten Westeuropa unentwegt den nuklearen Weltuntergang an.

## SDI brachte Sowjets nach Genf zurück

Vor bald vier Jahren tat Reagan der Welt die amerikanischen SDI-Pläne kund. Es dauerte nochmals sechs Monate, dann nahmen die Sowjets ihre Plätze am Verhandlungstisch in Genf wieder ein. Seither ist es ihr primäres aussenpolitisches Ziel, SDI zu verhindern. Nicht dass die Sowjets nicht fähig wären, selbst ein SDI-Gegenstück zu entwickeln (und sie arbeiten heimlich seit Jahr und Tag daran). Aber aller Voraussicht nach dürften sie, rein wirtschaftlich, dabei gegenüber den Amerikanern den kürzeren ziehen. Das heisst: Will Gorbatschow die Sowjetunion «rekonstruieren», dann kann er sich auf einen solchen Wettstreit aus wirtschaftlichen Gründen nicht einlassen.

Gorbatschow hat gegen erhebliche Widerstände aus dem Apparat zu ringen. Er will das System von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verkrustungen befreien, die jeden Fortschritt hemmen. Und gerade wegen der Widerstände im Innern braucht er einen aussenpolitischen Erfolg. Am ehesten ist eine Übereinkunft im Bereich der Mittelstreckenwaffen möglich. Auch Reagan, dessen Amtszeit in zwei Jahren vorbei sein wird, ist innenpolitisch wegen der Iran-Affäre in die Defensive gedrängt. Ein Akkord im Raketendialog käme ihm ebenfalls zu-statten.

Die Westeuropäer sollten sich aber über kurz oder lang, eher kurz, mit dem Gedanken vertraut machen, dass die Zeit sehr rasch abläuft, da 240 Millionen Amerikaner noch bereit sein werden, 320 Millionen Westeuropäer Schutz gegen 280 Millionen Sowjets zu gewähren . . .

Aber das ist eine andere Frage. Einigen westeuropäischen Politikern dämmert schon, dass «man» sehr bald auf eigenen Verteidigungsfüssen stehen müssen. Nicht unrealistisch und illusionär ist eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft – ungefähr um die Jahrhundertwende – mit Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland als (west-)kontinental-europäischer harter Kern...

**Machtanspruch bleibt**

Gewiss, Gorbatschow meint es ernst mit dem Abrüsten. Das heisst, er kann nicht anders, will er tatsächlich die Sowjetunion «rekonstruieren» (er selbst spricht nicht von reformieren oder gar liberalisieren). Auf dem «Internationalen Friedensforum» (16. Februar) in Moskau sagte er auch in etwa, die Sowjetunion wolle abrüsten, um sich auf die Binnenwirtschaft, auf die eigenen Probleme konzentrieren zu können. In diesem Zusammenhang ist viel die Rede von Demokratisierung, aber niemals im westlichen Verständnis (und die Entlassung von Dissidenten ist noch kein Demokratiebeweis – sie können schon morgen wieder verhaftet werden). Gorbatschow will, indem Teilbereiche der sowjetischen Gesellschaft enttabuisiert werden, die Bevölkerung mehr engagieren, damit sie letztlich mehr leistet.

Gorbatschow bemüht sich um gewisse Lockerungen. Aber bis anhin, obwohl er immer davon spricht, die Rückendeckung des Politbüros zu haben, identifiziert er sein Mühen mit seiner Person und nicht mit der Partei! Er hat erst begonnen, an den Strukturen der Partei zu rütteln. Das Primat der Partei aber, ihr Machtanspruch zu Hause und letztlich der Anspruch auf die Weltmacht bleibt.

Von ihrem Mechanismus her ist die Partei nicht geschaffen, die «Rekonstruktion» rasch durchzusetzen... oder gar fortzusetzen. Ihre Dynamik bestand bisher darin, rückgängig zu machen. Sie bietet keine Garantie dafür, dass neue Strukturen, neue Systeme herrschen können und könnten. Das gilt auch für den ganzen Komplex des Ab- beziehungsweise (morgen wieder) Aufrüstens.

Weil Gorbatschow den Erwartungshorizont der sowjetischen Bevölkerung enorm erweitert, verdient er ideelle Unterstützung. Die Frage ist nur, ob seine Pläne wirklich derart mit «Demokratie» und freier Marktwirtschaft zu tun haben. Oder führt am Ende seine «Rekonstruktion» nicht zu einer verstärkten ideologischen Auseinandersetzung mit dem Westen, zu einer verstärkten Herausforderung der westlichen Demokratien?

Erstes aussenpolitisches Ziel ist und bleibt, SDI zu stoppen. Der Abbau der Mittelstreckenwaffen ist ein geringer Preis. Der Kreml kann danach damit rechnen, dass die Westeuropäer gehörigen Druck auf die Amerikaner ausüben werden, ihre Raketenabwehrpläne fallenzulassen... und wenn nicht, dann kann Gorbatschow immer noch auf endgültige Entzweiung zwischen den Partnern von gestern hoffen... was auch eine – seine – Lösung wäre.

*Jaques Baumgartner*

# Letzter Appell

«In Mittelamerika hat sich die politische Situation weitgehend geklärt. Für das nicaraguansiche Volk und die zentralamerikanischen Länder identifiziert sich das Hauptproblem eindeutig mit dem sandinistischen Regime in Managua. Die Sandinisten sind sich dieser Tatsache selber bewusst. Sie wissen, wie sie von ihren eigenen Leuten und Nachbarn eingeschätzt werden. Im Schatten dieser harten Realität bewegte sich die erfolglose Contadora-Initiative, die nicht geschaffen wurde, um konkrete Lösungen anzustreben, sondern in erster Linie um solche zu verzögern oder gar zu verhindern. Anlässlich des letzten Treffens der zentralamerikanischen Präsidenten – ohne Diktator Ortega – wurde beschlossen, Costa Ricas neuen Friedensplan in konkreten und zeitlich verifizierbaren Formen zu präsentieren.

Die Gewaltherrschaft in Managua hat genügend Gründe, um sich Sorgen zu machen, nicht weil bei Ablehnung der Costa-Rica-Initiative die mittelamerikanischen Länder oder die USA die Invasion auslösen würden, sondern weil sie die allerletzte Gelegenheit ist, den Bürgerkrieg in Nicaragua mit einer politischen Lösung zu beenden. Diese Initiative – unabhängig davon, wie man sie einstuft – könnte schlechthin die letzte Anstrengung dieser Art bedeuten. Sie findet übrigens auch eine starke internationale Unterstützung.

So befinden sich die Sandinisten in einem wahrhaftigen Dilemma: entweder die Invasion oder freie Wahlen. Aber so oder so verlieren sie ihre Macht. Deshalb haben sie die Costa-Rica-Initiative als «imperialistisches Manöver» abgelehnt, obschon sie wahrscheinlich der einzige Vorschlag ist, der dem Volkswillen entspricht und als Lösung des Konflikts die Demokratisierung Nicaraguas vorsieht.

Es ist jedoch bedauerlich und zudem unerklärlich, weshalb die antisandinistische Bewegung (einerseits die kriegführenden Contras und andererseits die gesamte demokratische Opposition) bei dieser Konfliktlösung ausgeschlossen und somit nicht berücksichtigt wurde.

Grundsätzliche Bedenken sind angebracht: Wann wird der demokratischen Opposition die



Pedro Joaquín Chamorro, Sohn des 1978 ermordeten gleichnamigen LA-PRENSA-Herausgebers, führte zusammen mit seiner Mutter Violeta Chamorro die Zeitung weiter und flüchtete 1984 nach Costa Rica, wo er den LA-PRENSA-Ableger «Nicaragua Hoy» herausgibt. Pedro J. Chamorro wurde vor ein paar Tagen als Nachfolger Adolfo Caleros in das Direktorium UNIDAD NICARAGUENSE OPOSITORA (Dachorganisation der gesamten demokratischen Opposition) gewählt.

Hilfe abgeschnitten, was bieten die Sandinisten als Gegenleistung an und unter welchen Garantien? Falls sie ihr Versprechen nicht halten oder die Initiative gesamthaft ablehnen, welchen Preis werden sie dafür zahlen?»

*Pedro J. Chamorro*

**Dank**

Die VEREINIGUNG DEMOKRATISCHES NICARAGUA dankt allen Personen, die unserem Spendenaufruf gefolgt sind. Die am 12. 5. 1986 von schweizerisch-sandinistischen Schlägertrupps in Zürich angerichteten Schäden konnten bezahlt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir die Öffentlichkeit über das Gerichtsurteil informieren. *Alexander Eugster*